Zentralschweizer Fachhochschul-Verordnung (ZFHVo)

vom 14. Dezember 2012 (Stand 1. Januar 2023)

Der Konkordatsrat der Fachhochschule Zentralschweiz,

gestützt auf Artikel 19 Absatz 1b der Zentralschweizer Fachhochschul-Vereinbarung vom 15. September 2011¹⁾,

beschliesst:

1. ALLGEMEINES

Art. 1 *Zweck*

¹ Diese Verordnung regelt den Vollzug der Zentralschweizer Fachhochschul-Vereinbarung vom 15. September 2011²⁾.

Art. 2 *Name*

¹ Die Fachhochschule trägt den Namen „Hochschule Luzern“.

² Das Erscheinungsbild enthält die Bezeichnung „FH Zentralschweiz“. Im Übrigen liegt das Erscheinungsbild in der Zuständigkeit der Fachhochschulleitung.

2. FINANZIERUNG

Art. 3 *Entwicklungs- und Finanzplan, Leistungsauftrag*

¹ Der Entwicklungs- und Finanzplan basiert auf dem Leitbild und der Strategie der Fachhochschule sowie auf den Zielvorgaben des Bundesrates, des Konkordatsrates und des Fachhochschulrates und folgt dem Grundsatz der rollenden Planung.

¹⁾ GDB [415.42](#)

²⁾ GDB [415.42](#)

² Die Dauer des mehrjährigen Leistungsauftrages richtet sich nach dem Entwicklungs- und Finanzplan. Er tritt jeweils ein Jahr vor dem Entwicklungs- und Finanzplan in Kraft.

³ Der Fachhochschulrat legt dem Konkordatsrat die rollende 4-jährige Finanzplanung jährlich zur Kenntnisnahme vor.

Art. 4 *Standards der Rechnungslegung*

¹ Für die Rechnungslegung der Fachhochschule sind die Standards von Swiss GAAP FER mit Ausnahme von Standard Nr. 13 anzuwenden. *

² Die langfristigen Mietverträge werden im Anhang zur Jahresrechnung offengelegt. *

Art. 5 *Anpassungen jährliche Finanzierung*

¹ Die jährlichen Finanzierungsbeiträge sind so zu bemessen, dass die im Leistungsauftrag definierten Leistungsziele mit den bereitgestellten Mitteln erreicht werden können.

² Gründe für eine allfällige Anpassung der jährlichen Finanzierungsbeiträge sind:

- a. unerwartet hohe Aufwand- oder Ertragsüberschüsse;
- b. gravierende Veränderungen in den volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen (Teuerung, Steuererträge u.Ä.);
- c. Veränderungen in den Beitragstarifen des Bundes oder der Kantone (FHV-Beiträge);
- d. im Leistungsauftrag nicht vorgesehene Änderungen des Umfangs der zu erbringenden Leistungen (z.B. Eröffnung oder Schliessung von Studiengängen).

³ Veränderungen in den Studierendenzahlen haben direkten Einfluss auf die von den Kantonen zu leistenden FHV-Beiträge. Sie fliessen in die rollende Finanzplanung ein, sind jedoch nicht Gegenstand des jährlichen Finanzierungsbeschlusses.

Art. 6 *Finanzierungsbeiträge der Trägerkantone*

¹ Die Pauschale für die Finanzierung der Aufwendungen des Konkordatsrates und der Interparlamentarischen Fachhochschulkommission beträgt 20 000 Franken pro Kanton und Jahr.

² Den Trägerkantonen wird für die Beiträge pro studierende Person nach den Vorgaben der Interkantonalen Fachhochschulvereinbarung (FHV) vom 12. Juni 2003 Rechnung gestellt. Für die übrigen Beiträge werden zwei Teilrechnungen – zahlbar per 31. März und per 31. Oktober – erstellt. Das Rechnungsjahr ist das Kalenderjahr.

Art. 7 *Eigenkapital*
1. *Pflichtreserve*

¹ Die Pflichtreserve beträgt höchstens 5 Prozent des Jahresumsatzes gemäss der letzten genehmigten Jahresrechnung.

Art. 8 2. *Freie Reserve*

¹ Die freie Reserve beträgt höchstens 5 Prozent des Jahresumsatzes gemäss der letzten genehmigten Jahresrechnung.

² Die Fachhochschulleitung kann zulasten der freien Reserve pro Rechnungsjahr in eigener Kompetenz über maximal 250 000 Franken verfügen. Über darüber hinausgehende Entnahmen aus der freien Reserve entscheidet der Fachhochschulrat.

Art. 9 3. *Rückerstattung an die Trägerkantone*

¹ Übersteigt das Eigenkapital (Pflichtreserve und freie Reserve) den zulässigen Höchstbetrag, wird der überschüssige Kapitalanteil den Trägerkantonen innert 30 Tagen nach Genehmigung des Rechnungsabschlusses zurückerstattet.

² Der Verteilschlüssel richtet sich nach den durchschnittlichen Finanzierungsbeiträgen der Trägerkantone der letzten drei abgeschlossenen Rechnungsjahre. Bei der Berechnung werden alle Finanzierungsbeiträge gemäss Artikel 29 Absatz 1 der Zentralschweizer Fachhochschul-Vereinbarung berücksichtigt.

3. BAULICHE INFRASTRUKTUR

Art. 10 *Kompetenzen für den Abschluss von Mietverträgen*

¹ Mietverträge mit einer Mietzinssumme von über 200 000 Franken pro Jahr bedürfen der einstimmigen Genehmigung durch den Konkordatsrat.

² Davon ausgenommen sind Mietverträge für Studierendenwohnungen, welche die Fachhochschule ohne Genehmigung durch den Konkordatsrat abschliessen kann. *

Art. 11 *Infrastrukturplanung und Liegenschaftenbewirtschaftung durch die Standortkantone*

¹ Die Leistungen der Standortkantone im Bereich der Infrastrukturplanung und der Liegenschaftsbewirtschaftung und deren Entschädigung werden zwischen Konkordatsrat und Standortkantonen durch Leistungsvereinbarung geregelt.

Art. 12 *Raumkosten*

¹ Nutzt die Fachhochschule Gebäude, die einem Vereinbarungskanton gehören, ist ein Mietzins festzulegen, der auf dem Anschaffungs- oder dem Erstellungswert basiert. Dabei sind die durch den Bund und die übrigen Vereinbarungskantone an den Bau des Gebäudes geleisteten Beiträge abzuziehen.

4. SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art. 13 *Inkrafttreten*

¹ Die Verordnung tritt am 1. Januar 2013 in Kraft. Sie ist zu veröffentlichen.

Informationen zum Erlass:

Ursprüngliche Fundstelle: OGS 2012, 85

geändert durch

- Nachtrag vom 19. März 2021, in Kraft rückwirkend seit 1. Januar 2021 (OGS 2021, 16),

- Nachtrag vom 22. Dezember 2022, in Kraft seit 1. Januar 2023 (OGS 2023, 9)

Änderungstabelle - Nach Beschluss

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	Fundstelle
14.12.2012	01.01.2013	Erlass	Erstfassung	OGS 2012, 85
19.03.2021	01.01.2021	Art. 4 Abs. 1	geändert	OGS 2021, 16
19.03.2021	01.01.2021	Art. 4 Abs. 2	eingefügt	OGS 2021, 16
22.12.2022	01.01.2023	Art. 10 Abs. 2	eingefügt	OGS 2023, 9

Änderungstabelle - Nach Artikel

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	Fundstelle
Erlass	14.12.2012	01.01.2013	Erstfassung	OGS 2012, 85
Art. 4 Abs. 1	19.03.2021	01.01.2021	geändert	OGS 2021, 16
Art. 4 Abs. 2	19.03.2021	01.01.2021	eingefügt	OGS 2021, 16
Art. 10 Abs. 2	22.12.2022	01.01.2023	eingefügt	OGS 2023, 9